

*Arbeitgebertag 2011*

# Die Standortstärken verteidigen und nötige Reformen vorantreiben

Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in der Schweiz sind robust und dynamisch. Damit das so bleibt, müssen die Standortstärken der Schweiz abgesichert und die nötigen Reformen vorangetrieben werden. Das forderte Dr. Rudolf Stämpfli in seiner Präsidentialansprache am «Arbeitgebertag 2011» in Zürich. Stämpfli übergab das Präsidium des Schweizerischen Arbeitgeberverbands am 1. Juli an Valentin Vogt. **René Pfister**



Bild: Silvia Oeppliger

*Setzte sich in seiner letzten Präsidentialansprache vehement für die Personenfreizügigkeit mit der EU ein: Dr. Rudolf Stämpfli.*

Am Arbeitgebertag in Zürich zog Dr. Rudolf Stämpfli zum Ende seiner Amtszeit als Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) eine Bilanz der vergangenen acht Jahre: Die Schweizer Wirtschaft habe eine eigentliche «Renaissance» erlebt und stehe heute im internationalen Vergleich gut da, auch wenn die Frankenstärke derzeit die Exportwirtschaft belastet. Das zeige sich etwa, wenn man das Wachstum, die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung vergleiche.

Als wichtigste Gründe für die positive Entwicklung nannte Stämpfli u. a. die wettbewerbsorientierte Wachstumspolitik, das disziplinierte Finanzgebaren der öffentlichen Hand, die Marktöffnung zur EU und die Personenfreizügigkeit. Entscheidend

seien aber auch die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und die Standortstärken der Schweiz (liberale Arbeitsmarktordnung, Sozialpartnerschaft, politische und soziale Stabilität) gewesen.

Weniger erfreulich ist die Bilanz laut Stämpfli bei den Sozialversicherungen: Den Fortschritten bei der Sanierung der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung stehe eine Liste mit ungelösten Problemen bei der AHV, der beruflichen Vorsorge oder der Krankenversicherung gegenüber.

## Erfolgsfaktoren und Forderungen

Ausgehend von diesem Befund folgerte Stämpfli mit Blick auf die Zukunft: «Wir müssen mit dem gleichen Engagement die bisherigen Erfolgsfaktoren verteidigen wie wir uns für Reformen zur Behebung vorhandener Schwächen einsetzen.» Konkret forderte er:

- Die Standortstärken müssen gesichert werden, die Rahmenbedingungen müssen auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet bleiben – und der Sozialpartnerschaft ist Sorge zu tragen, weil sie Arbeitgebern und Arbeitnehmenden faire und differenzierte Arbeitsbedingungen auf Firmen- und Branchenebene ermöglicht.
- Die Flexibilität des Arbeitsmarkts muss verteidigt werden. Die Versuche von Gewerkschaften und Linksparteien, den freien Arbeitsmarkt mit Vorstößen wie der Mindestlohninitiative einzuschränken, sind entschieden abzuwehren.
- Die Öffnung des Arbeitsmarktes und die Personenfreizügigkeit mit den EU-/Efta-Staaten darf nicht in Frage gestellt werden – wie etwa durch die Zuwanderungs-Initiative.
- Bei den Sozialversicherungen sind mehr Reformanstrengungen nötig. Das gilt vorab für die AHV, bei der trotz den zurzeit verbesserten Rechnungsprognosen eine Finanzierungslücke absehbar ist. Der negative Trend beim Umlage-Ergebnis ist eindeutig und der Reformbedarf ausgewiesen. Der SAV unterstützt deshalb die zügige Lancierung eines entsprechenden Reform-

projekts, wobei primär beim Rentenalter anzusetzen ist.

- Die Sanierung der Invalidenversicherung (IV) ist konsequent fortzusetzen, damit die Defizite bis 2018 eliminiert und die Schulden von 15 Milliarden Franken in den Folgejahren abgebaut werden. Der SAV unterstützt die Vorlage zur Revision 6b, sofern damit die Sanierungsziele wirklich realisiert werden können.
- Handlungsbedarf besteht auch bei der Beruflichen Vorsorge (BV) und der obligatorischen Krankenversicherung: Bei der BV sind Anpassungen an die gestiegene Lebenserwartung und die sinkenden Renditeaussichten unumgänglich. Die Krankenversicherung und das Gesundheitswesen brauchen endlich klare Strukturen und Regeln, die zu einem kohärenten und transparenten Gesamtsystem führen.

### Plädoyer für die Personenfreizügigkeit

Mit Vehemenz setzte sich Rudolf Stämpfli für die Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU/Efta ein. Er warf den Gegnern vor, deren Nutzen zu bagatellisieren und vorab von negativen Begleiterscheinungen zu sprechen. Ihre Behauptungen, die PFZ führe zu Lohndruck, Verdrängungseffekten im Arbeitsmarkt oder

zum Missbrauch der Sozialwerke seien längst widerlegt: «Tatsächlich folgt die Zuwanderung der Entwicklung der Bedürfnisse der Wirtschaft», betonte Stämpfli. Nur dank der PFZ und der selektiven Rekrutierung in so genannten Drittstaaten könnten wachstumshemmende Lücken auf dem Schweizer Arbeitsmarkt gefüllt werden. Dass die Öffnung des Arbeitsmarkts für unsere Wirtschaft nötig sei, zeige auch die demografische Entwicklung. Stämpfli verwies dabei auf die Studie von Travailluisse, wonach der Schweiz bis 2030 rund 400 000 Arbeitskräfte fehlen.

### Begleiterscheinungen mit guter Politik abfedern

Er warnte die Gegner der PFZ, die Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber der EU mit der Forderung nach einseitigen Zulassungsregeln in Frage zu stellen: «Die Rückkehr zum Kontingentsregime wäre eine Rückkehr zu mehr Bürokratie und zu einer erhöhten Entscheidungsunsicherheit – sowohl für Unternehmen als auch für die ausländischen Arbeitskräfte», sagte Stämpfli. Gleichzeitig betonte er, dass die Arbeitgeber negative Begleiterscheinungen (etwa auf dem Immobilienmarkt oder bei den Infrastrukturen) keineswegs negieren. «Diese müssen wir aber mit einer guten

Politik abfedern – und nicht das Herzstück unserer Migrationspolitik aufs Spiel setzen.» Wer hingegen das Freizügigkeitsabkommen in Frage stelle und dessen Kündigung in Kauf nehme, gefährde die ganzen bilateralen Abkommen mit der EU: «Wollen wir riskieren, den diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt zu verlieren und unser Verhältnis zur EU in einer Bittsteller-Position neu verhandeln zu müssen?», warnte Stämpfli.

### Auch die Arbeitgeber sind in der Pflicht

Abschliessend appellierte Stämpfli an das Verantwortungsbewusstsein in den eigenen Reihen. Auch die Arbeitgeber seien bei der Verteidigung der Standortstärken und der Umsetzung von Reformen in der Pflicht. Wer die Zuwanderung befürworte, müsse sich auch um die Integration kümmern, erklärte er. Und wer für die Sanierung der IV und ein höheres Rentenalter plädiere, müsse auch etwas für die Eingliederung von Handicaperten oder die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte tun. Hier, so Stämpfli, seien die Arbeitgeber gefordert, «ihre Glaubwürdigkeit mit dem Tatbeweis einer verantwortungsbewussten Unternehmensführung wieder herzustellen.» ■

#### Präsidialansprache

## Ein Fazit und ein Dankeschön

Dr. Rudolf Stämpfli schloss seine letzte Präsidialansprache mit einem persönlichen Fazit und einem Dank. Der Schluss seiner Rede im Wortlaut:

«Als Fazit meiner Standortbestimmung darf ich feststellen, dass die Schweiz gut unterwegs ist – jedenfalls besser als vor acht Jahren. Wenn der Schweizerische Arbeitgeberverband dazu einen kleinen Beitrag leisten konnte, dann freut mich das.

Ich weiss aber auch, wie rasch externe Einflüsse oder interne Fehler die Schweiz vom Erfolgspfad abbringen können. Als kleine und offene Volkswirtschaft sind wir den externen Faktoren mehr oder weniger schutzlos ausgesetzt – die aktuellen Währungsverhältnisse sind dafür ein beredtes Beispiel. Umso mehr müssen wir den schweizerischen Standortvorteilen Sorge tragen und sie für die Zukunft sichern. Der Schweizerische Arbeitgeberverband wird sich auch unter meinem Nachfolger in diesem Sinne engagie-

ren. Kritisch und selbstkritisch, denn «wer selbst in der Schenke sitzt, der soll nicht wider den Wein predigen».

Der Dachverband kann seine Mission nur erfüllen, wenn ihn seine Mitgliederorganisationen dabei unterstützen. Ich durfte diese Unterstützung immer wieder erleben und bin den Verantwortlichen dafür sehr dankbar. Mein Dank gilt auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstandsausschuss und im Vorstand sowie den Mitarbeitenden unserer Geschäftsstelle, die mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Übertragen Sie Ihr Wohlwollen nun auf meinen Nachfolger, Herrn Valentin Vogt. Ihm wünsche ich in seiner neuen Aufgabe viel Erfolg und persönliche Befriedigung, denn am Ende soll ein solches Mandat ja auch noch Spass machen.» ■